

Frau in der Wirtschaft in Alpbach: Unternehmerinnen „zwischen den Fronten“

„Österreichs Familienleistungen waren in Alpbach ein Thema, das insbesondere Unternehmerinnen interessierte. Sie fühlen sich „zwischen den Fronten“.

Einerseits finanzieren die Unternehmen den Großteil der Familienleistungen – 80 Prozent der Gelder des Familienlastenausgleichsfonds (FLAF) kommen von den Betrieben. Unternehmerinnen bekommen aber weniger heraus als Arbeitnehmerinnen.

Beispiel Wochengeld: Unternehmerinnen erhalten derzeit rund 26 Euro, während unselbstständig Beschäftigte

daher brauche es auch Kinderbetreuungseinrichtungen, die auf diese Anforderungen eingehen, fordert die Bundesvorsitzende und wirft die Frage auf, wie man z. B. die Arbeitszeiten in der Gastronomie oder im Gesundheitswesen familienfreundlicher gestalten kann. Die FiW-Chefin erwartet sich einen Fokus auf Sachleistungen. Finanzielle Familienleistungen sollen evaluiert werden.



Foto: Gattringer

Die FiW-Landesvorsitzenden Waltraud Rigler (NÖ) und Petra Gregorits (Wien), Bundesvorsitzende Abg. z. NR Adelheid Irina Fürnthath-Moretti, Vizepräsidentin Mag. Ulrike Rabmer-Koller (OÖ), Mag. Aleksandra Izdebska (DiTech), Vizepräsidentin Martha Schultz (Tirol), Landesvorsitzende Evelyn Böhler (Vorarlberg).

durchschnittlich 41 Euro lukrieren. „Wir Unternehmerinnen wollen nicht Melkkühe der Nation sein“, so Adelheid Fürnthath-Moretti, Bundesvorsitzende von Frau in der Wirtschaft (FiW) und Vertreterin der mehr als 100.000 Unternehmerinnen.

Keine 9-to-5-Jobs mehr

Neben der Angleichung des Wochengeldes forderte Fürnthath-Moretti vor allem den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen. „Wenn wir Frauen das Gefühl haben, unseren Kindern geht es gut, dann können wir auch erfolgreich im Betrieb sein.“ Studien belegen, dass Unternehmerinnen einen großen Kinderwunsch haben, jedoch mit „kräfteaubenden“ Mehrfachbelastungen zwischen Betrieb, Kinderbetreuung und Haushaltsführung zu kämpfen hätten. 9-to-5-Jobs gehören der Vergangenheit an,

Ähnlich sieht das Fred Deven vom Department of Well-Being, Health and Family in Brüssel: „Familienpolitik braucht klare Ziele“, die Werkzeuge müsse man abstimmen.

Familienfreundlichkeit rechnet sich

Familienforscher Wolfgang Mazal gibt zu bedenken: „Wir wissen einfach zu wenig, welche Leistungen Familien erhalten.“ Daher fordert er eine Transparenz-Datenbank, in der alle Leistungen erfasst werden. Fakt sei aber: „Österreich gibt nur drei Prozent des BIP für Familien aus.“

Damit belegen wir den schlechten 16. Platz innerhalb der OECD-Staaten.“ Bei Familienleistungen dürfe nicht gespart werden, denn das seien Zukunftsinvestitionen, so Mazal: „Familienfreundlichkeit rechnet sich für Unternehmen.“